



Impulse für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

Am 26. September 2021 ist Bundestagswahl. Im Vorfeld des Wahltermins hat der PMeV – Netzwerk sichere Kommunikation Impulse für eine sichere und verlässliche mobile digitale Zukunft gesetzt: Er bringt in einem Papier sechs konkrete Forderungen in die politische Debatte ein, deren Initiierung er in der kommenden Legislaturperiode erwartet. Dem PMeV geht es darum, zukunftssichere Rahmenbedingungen im Bereich der Sicheren Kommunikation bei Behörden und Unternehmen zu schaffen. In einer Zeit, in der einerseits die Digitalisierung die Welt grundlegend verändert und andererseits Bedrohungen durch Kriminelle ebenso wie durch Naturereignisse zunehmen, ist verlässliche und sichere Funkkommunikation zwingend notwendig. Das gilt für die Industrie ebenso wie für Sicherheitsbehörden und andere staatliche Institutionen sowie für Betreiber kritischer Infrastrukturen.



1. Eigenes dediziertes Breitbandnetz für die BDBOS

Nachdem die BDBOS bei der Vergabe der 450-MHz-Frequenzen nicht zum Zuge kam, ist es unbedingt notwendig, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) bei der nächsten entsprechenden Frequenzvergabe zu berücksichtigen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die BOS mit den rasanten Entwicklungen der digitalen Welt mithalten können und die innere Sicherheit auch in Zukunft gewährleistet ist.

2. Förderprogramme für den Aufbau von 5G-Campuslösungen für KMU

5G-Campusnetze sind geografisch begrenzte, lokale, für besondere Anforderungen angepasste Breitband-Mobilfunknetze. Diese ermöglichen speziell kleinen und mittleren Unternehmen, Start-Ups sowie Kommunen und Vertretern der Land- und Forstwirtschaft die Vorteile individueller Funksysteme für attraktive Zukunftslösungen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung zu nutzen. 5G-Campusnetze erfüllen die höchsten Anforderungen an die Dienstqualität hinsichtlich der Latenz, der Zuverlässigkeit sowie der Verfügbarkeit. Bisher nutzen noch zu wenige Marktteilnehmer das Potenzial dieser Zukunftstechnologie. Daher gilt es, potenzielle Anwender mit passgenauen Förderprogrammen zu entsprechenden Investitionen zu ermutigen und auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und den Wohlstand unseres Landes zu sichern.



3. Verfügbarkeit von Schmalbandfrequenzen im Bereich 410-430 MHz sicherstellen

Die Zuteilung der Funkfrequenzen im Bereich 410-430 MHz ist laut Verwaltungsvorschrift aktuell bis Ende 2025 befristet. Dies führt bei Betreibern Kritischer



Infrastrukturen und der Industrie zu erheblicher Planungs- und Investitionsunsicherheit. Denn: Diese schmalbandigen Frequenzen sind für die sicherheits- und einsatzkritische Sprachkommunikation in diesen Bereichen unverzichtbar. Deshalb gilt es, frühzeitig die langfristige Zuteilung dieser Frequenzen über das Jahr 2030 hinaus festzuschreiben bzw. auf ein fixes Enddatum der Verordnung zu verzichten.



4. Einbringung von Bedarfsträgern für eine Standardisierung der Anschaltung von Leitstellen an ein Mission Critical (MCx)-Breitbandnetz

Für ein verlässliches und resilientes sicherheitskritisches Breitbandnetz der Zukunft muss die bundesweit einheitliche Nutzung von Daten- und Videodiensten innerhalb der BOS sowie zwischen verschiedenen BOS-Organisationen ermöglicht werden. Dabei stellt die notwendige einheitliche Anschaltung der Leitstellen an ein MCx-Breitbandnetz (4G/5G) eine besondere Herausforderung dar.

Um zu gewährleisten, dass diese Schnittstellen die Anforderungen der Anwender und Bedarfsträger erfüllen sowie international standardisiert werden, ist es unerlässlich, dass diese neben ihrer Expertise auch eine finanzielle Beteiligung in die entsprechende Spezifizierung und Standardisierung einbringen. Nur so können wirtschaftliche und zukunftssichere Lösungen durch die Industrie garantiert werden.

5. Bürokratische Hürden bei Zertifizierungsprozessen abbauen und Verfahren beschleunigen

Die große Herausforderung der Digitalisierung besteht für Unternehmen und Regulierer auch darin, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Das Thema Informationssicherheit steht dabei im besonderen Fokus. Zuletzt wurde das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Rahmen des IT-Sicherheitsgesetzes 2.0 weiter gestärkt. Unklar ist, ob das BSI die neuen Aufgaben effizient erfüllen kann. Durch die weitere Bündelung von Kompetenzen in einer „Super-Behörde“ drohen zunehmende Verzögerungen bei Freigabeprozessen. Es kann nicht zielführend sein, dass beispielsweise Zertifizierungsprozesse länger dauern als das Produkt selbst aufgrund von kurzen Release-Zyklen im Einsatz sein wird. Ziel muss es vielmehr sein, im Einklang von Wirtschaft und Politik passende Rahmenbedingungen zu schaffen, die im Interesse der Nutzer ein flexibles und dynamisches Agieren aller Akteure ermöglichen. Die Industrie ist deshalb bei formalen Prozessen, etwa der Erarbeitung von Zertifizierungsvorschriften, zu beteiligen.

6. Förderung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen im einsatz- und sicherheitskritischen Mobilfunk

Unternehmen im professionellen Mobilfunkbereich sind zunehmend vom Fachkräftemangel betroffen. Gerade im Bereich der Kritischen Infrastrukturen sind hervorragend ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer obligatorisch, anderenfalls ist die Sicherheit der Gesellschaft akut gefährdet. Die Verantwortung der Branche als Arbeitgeber und Innovationsmotor neuer Technologien ist größer denn je. Industrie und Politik müssen gerade jetzt gemeinsam dem Fachkräftemangel entgegenreten, etwa durch Anreizprogramme für Weiterbildungsmaßnahmen, die bedarfsgerechte Anpassung von Ausbildungsordnungen oder gemeinsame Informationskampagnen zu Karrierechancen in diesem Bereich. Die Fachkräfte sind ein unverzichtbares Element für eine innovative und sichere Zukunft in unserer Branche.